

Abonnementpreis viertel 4/2 Rthl. incl. Belegblätter 5 Rthl. durch die Post bezogen 6 Rthl. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegblätter 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbeförderung 36 Pf. mit Postbeförderung 46 Pf. Inserate 5 Ggld. Belegblätter 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichnis. — Tabellarische Tabellen nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Buchdruck der Spalte 40 Pf. Inserate sind frei an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postnachschuß.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 140.

Dienstag den 20. Mai 1879.

73. Jahrgang.

Erstausgabe täglich früh 8 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition Johannisgasse 33. Besprechungen der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Abgabe einzelner Nummern macht sich die Redaction nicht verantwortlich.

Samstag der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 Uhr. In den Fällen für Inf.-Anzeige: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Böhm, Katharinenstr. 15, p. nur bis 1/2 Uhr.

## Bekanntmachung.

Das Freibad am Hauptwehrt wird am 1. Juni eröffnet und ist die Beaufsichtigung desselben auch für dieses Jahr dem Fischereiwärter Herrn Carl Wilhelm Reischer übertragen worden. Für die Benutzung des Bades gelten die unter © nachstehenden Bedingungen. Leipzig, am 14. Mai 1879. Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Georgi. Richter.

- 1) Die Anstalt kann in der Zeit von Morgens 6 bis Mittags 1 1/2 Uhr und von Nachmittags 3 1/2 Uhr bis zum Dunkelwerden unentgeltlich benutzt werden.
- 2) Die tägliche Schließzeit wird durch zwei Zeichen mit der Glocke angedeutet.
- 3) Nach dem ersten Zeichen wird Niemand mehr eingelassen, nach dem zweiten haben die Badenden sich sofort aus dem Bassin und sodann mit möglicher Beschleunigung aus der Anstalt zu entfernen.
- 4) Erwachsene werden in das Bad nur gelassen, wenn sie mit Badehosen versehen sind.
- 5) Die Herrons, Brücken, Aus- und Ankleide-Stellen, Bassins und sonstigen Räumlichkeiten der Anstalt dürfen in keiner Weise verunreinigt werden.
- 6) Niemand darf den Andern beschämen, untertauchen oder sonst belästigen.
- 7) Alles unzüchtige Schreien, Lärmen und Herumläufen in der Anstalt ist unterlagt.
- 8) Abwaschungen mit Seife dürfen nicht vorgenommen werden.
- 9) Das Ein- und Aussteigen darf nur auf den Treppen geschehen.
- 10) Die jedesmalige Benutzung der Anstalt ist auf die Dauer einer Stunde beschränkt.
- 11) Das Mitbringen von Hundst in die Anstalt ist verboten.
- 12) Das Betreten der Rasenböschungen, das Übersteigen der Barrieren und das Baden in den Zu- und Abflußgräben ist nicht gestattet.
- 13) Jeder Besucher der Anstalt hat dem Kasseher auf dessen Verlangen seinen Namen und Stand, sowie seine Wohnung zu nennen.
- 14) Den Anordnungen des Kasseher ist unweigerlich Folge zu leisten.
- 15) Widersprechlichkeiten gegen denselben oder Aushändelungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe oder Haft, oder auch mit dem Verbote fernerer Benutzung der Anstalt geahndet.

## Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Pflasterarbeiten bleibt die Durchfahrt in dem östlichen Flügel des Neuen Stadttheaters vom 19. bis mit 24. d. M. für den Fahrverkehr gesperrt. Leipzig, am 17. Mai 1879. Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Tröndlin. Baugemam.

## Bekanntmachung.

Die Lieferung der Granitschwellen sowie die Herstellung der Pflasterungsarbeiten in der Sebastian-Gasse sind vergeben und werden die unbedürftig gebliebenen Herren Submittenten hiervon in Kenntniß gesetzt. Leipzig, am 3. Mai 1879. Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Georgi. Baugemam.

## Versteigerung.

Am Dienstag, den 27. Mai, Vormittags 11 Uhr, sollen an hiesiger Amtsstelle, Kleine Fleischergasse 5, dritte Etage: 1 Bindung-Toppelkäfig für mit Verkleidung, 1 hölzerner Barriere und 6 hölzerne Consolen öffentlich meistbietend versteigert werden. Königlich-Preussisches Probant-Amt. F u z.

## Bekanntmachung.

Samstag, den 24. Mai dieses Jahres, Vormittags 10 Uhr, sollen in den Räumen des hiesigen Probant-Amtes (Schloß Pleißenburg) eine Partie Roggenkleie und Wehrmehl öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige baare Bezahlung versteigert werden. Die Bedingungen werden vor Beginn der Auktion bekannt gemacht. Leipzig, am 16. Mai 1879. Königlich-Preussisches Probant-Amt.

## Der Socialismus in Galizien.

© Lemberg, 16. Mai. Die gerichtliche Untersuchung in der Angelegenheit der vor einiger Zeit in Galizien vorgenommenen Verhaftungen nimmt größere Verhältnisse an, als man ursprünglich vermuthet hatte. Die erste Kunde von der Festnahme socialistischer Agitatoren in Krakau und Lemberg hat im ganzen Lande einen geradezu verblüffenden Eindruck hervorgerufen. Man war so wenig geneigt, anzunehmen, daß es der russisch-schweizer socialistisch-nihilistischen Bewegung gelingen könnte, Anhänger unter den Polen zu gewinnen, daß man anfangs die erfolgten Verhaftungen mehr dem Uebereifer oder einem Mißgriffe der Polizei, als einem wirklichen Verschulden der Betroffenen zuschreiben wollte. Das Ergebnis der eingeleiteten Untersuchung dürfte den Beweis erbringen, daß die nach Galizien von außen verpflanzte socialistische Agitation nach mancher Richtung unterschätzt wurde, zumal mit Hinblick auf eine gewisse Fähigkeit, mit welcher der internationale Socialismus es darauf abgesehen hatte, sich gerade in der Grenzstadt Krakau festzusetzen und dieselbe als strategische Operations-Basis für seine Zwecke zu benutzen. Glücklich Weise kann jedoch konstatiert werden, daß sich die Befürchtungen bezüglich der Ausbreitung der Bewegung sowie ihrer Gefahr für die Zukunft als unbegründet erweisen. Wohl ist der Versuch der internationalen Socialisten nach Galizien zu importieren, nicht erfolglos geblieben, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß es dem energischen Eingreifen der von der öffentlichen Meinung des Landes warm unterstützten Behörden gelang, der meisten Beteiligten habhaft zu werden und dadurch die angelegte Organisation im Keime zu ersticken. Der Plan der fremden Agitatoren verriet eine unklar geschickte Taktik. Von zwei Seiten sollte Galizien bearbeitet und als passendstes Bindeglied für den freien Verkehr zwischen Rußland und dem Auslande vorbereitet werden. Während von der Schweiz und St. Petersburg aus das Hauptaugenmerk auf Krakau gerichtet wurde, warf die in Lemberg herrschende nihilistische Propaganda ihre Netze nach Lemberg aus, um hier das rutenische, dort das polnische Element zu berühren. Es erschienen aus dem St. Petersburg, Riew u. s. w. verschiedene, im revolutionären Handwerke geübte Agitatoren und begannen ihre Werbung vorzüglich unter der Jugend, sowie unter dem Landvolke. Theils mit Hülfe des Geldes — es sollen förmliche Gehalte ausgezahlt worden sein — theils durch Verbreitung schon klingender Redensarten wurden unreihe Köpfe für die Zwecke der Internationale gewonnen. Namentlich wird der Gemeindegand von dem geplanten Umsturz der herrschenden Ordnung in Rußland den gewöhnlichen Eindruck auf die Gemüther der antirussisch gesinnten polnischen Jünglinge kaum verschilt haben. Und so kam es, daß in einem Lande, in welchem vermöge seiner volkswirtschaftlichen Verhältnisse gar kein Boden für eine derartige Bewegung vorhanden ist, eine der Rationalitäten-Die so entgegengegesetzt, ja derselben geradezu feindliche socialistische Agitation Platz gegriffen und zu namhaften, vollständig begründeten Verhaftungen geführt hat. Und dies zu einer Zeit, in welcher das benachbarte russische Polen von dem Socialismus und dem Nihilismus fast ganz verschont geblieben ist, ein Umstand, den erst unlängst — anlässlich des Attentates auf den Czaren — der General-Gouverneur von Warschau, Graf Rogozewski, in so hervorhebender Weise be-

tont hat. Die Strenge und die Umsicht, mit welcher die Behörden in Galizien im gegebenen Falle vorgegangen sind, haben allgemein Eindruck gemacht. Die Bevölkerung des Landes fühlt sich dadurch beruhigt, denn sie verabscheut Nichts so sehr, als Unruhe, die geeignet wären, die öffentliche, gesellschaftliche Ordnung zu gefährden. Sie sieht auch mit fester Zuversicht dem Ergebnisse der Untersuchung entgegen, überzeugt, daß sowohl die zugewandten Agitatoren, als auch ihre Dpfer je nach ihrem Verschulden der verdienten Strafe nicht entgehen werden. Was die streng rechtliche Seite dieser Angelegenheit betrifft, so verdient es wohl erwähnt zu werden, daß unter gewichtigen Juristen die Ansicht vorherrscht, daß die den Verhafteten zur Last gelegte Handlung die Merkmale des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe an sich trage.

## Politische Uebersicht.

Leipzig, 19. Mai.

In der gestrigen parlamentarischen Soirée beim Reichskanzler — so schreibt man uns vom Sonntag aus Berlin — welche zumeist von conservativen Mitgliedern des Reichstages besucht war, wurde denselben nicht die Gelegenheit geboten, sich um den Fürsten Bismarck zu schaaren, um seine Inspirationen entgegenzunehmen. „Fürst Bismarck legte sich offenbar eine Reserve auf, die so gedeckelt wurde, als vertragen die bereits getroffenen Arrangements mit einzelnen leitenden Persönlichkeiten der Mehrheit nicht mehr solche Erörterungen, wie sie sonst in seinen Soirées gepflogen wurden. Der Fürst ziehe jetzt vor, wie es schon früher bei wichtigen parlamentarischen Aktionen der Fall war, etwa 1/2 Duzend Notable des Reichstages zum Familien-diner einzuladen. Die Conversation, welche er bei der gestrigen Soirée mit den Abgg. Böhl und Jann geführt, umging die brennenden Tagesfragen. Von conservativer Seite wurde allerdings der Versuch gemacht, die Differenzen zur Sprache zu bringen, welche durch die beachtliche Erhöhung der Getreidezölle bei der dritten Lesung des Zolltarifs zwischen den Industriellen und den Landwirtheftauern zum Ausbruch kommen dürften. Aber der Reichskanzler scheint diesem Internum der Mehrheit kein Gewicht beizulegen zu wollen. Die in der Soirée anwesenden unbedingten Anhänger der Zoll- und Steuervorlagen, welche seine Intentionen zu kennen glauben und mit den anwesenden Ministern angelegentlich conserviren, halten sich zu der Annahme berechtigt, daß dem Reichskanzler eine auf irgend welchem Punkte der Vorlagen scharf auftretende Opposition nicht unwillkommen erschiene. Vorausgesetzt, daß das Ganze des Zolltarifs angenommen, hingegen die Tabaksteuer fallen gelassen wird und sich gegen die Tabaksteuer der Widerstand concentriert, so würde der Reichskanzler den Punkt, wo er seinerseits den Hebel einzusetzen hätte. Nach den Versicherungen der Inspiratoren in der Soirée nähme er keine niedrigen Sätze für die Tabaksteuer an, nicht etwa, weil er schon im nächsten Jahr die Vorlage über das Tabakmonopol einbringen wolle, sondern um in dieser wichtigen Finanzfrage an das Land zu appelliren. Jedenfalls ist es für die Situation bezeichnend, daß gerade in den Gruppen der Bevorgugten im Kanzleramtspalais die Eventualität einer Auflösung mehr als in den früheren Tagen betont worden ist. Des Centrums wurde dabei in einer Weise gedacht, welche deutlich durchblicken ließ, daß den unsicheren Cantonisten,

wie man zu sagen pflegt, nicht über die Straße getraut wird, sobald es sich um die Finanzzölle handelt. Daß aus dem Betreiben der Ultramontanen in der Zolltarifcommission der Abg. von Bennigsen zum Referenten für das Capitel der constitutionellen Garantien ernannt und die Conservativen ausgeschlossen worden, befremdete nicht bloß die Intimen der Wilhelmstraße. In der Soirée selbst fehlte Windthorst und sein Stab; die Liberalen begnügten sich, bloß eine Schildwache in der Person des Herrn Bernhardt anzustellen.“

Zur parlamentarischen Lage wird uns aus Berlin vom Sonntag geschrieben: „Die bedeutungsvollsten Manifestationen, welche gestern und heute aus dem Lager der Liberalen hervorgegangen sind, bestehen in dem Oppositionsprogramm der Rationalisten, welches die heutige „Nat.-Ztg.“ veröffentlicht, und in der auf dem Banket des deutschen Städtetags vorgeschlagenen geschlossenen Organisation der Städte auf der Grundlage einer besonderen politischen Partei. Ausgehend von der erfolgten Bildung einer conservativ-liberalen Mehrheit im Reichstage bezeichnet die „Nat.-Ztg.“ den Zeitpunkt für gekommen, dem Reichskanzler die Unterthänigkeit ihrer Partei zu entziehen und sich an Compromissen nicht mehr zu beteiligen. Indem sie auf die Reactionsbefrebungen im Reich und in Preußen zu sprechen kommt, macht sie darauf aufmerksam, daß jetzt von einem weiteren Ausbau der Verwaltungreform keine Rede mehr sein kann, daß für die Beschränkung der Steuerfreiheit der Boden günstig geworden ist, daß die strafrechtlichen Bestimmungen gegen die Freiheit der Meinungsäußerung Verschärfung finden werden und das Unterrichtsweisen einen anderen Geist erhalten wird. Zum Schluß richtet das leitende Blatt einen Appell an die Wähler und mißt den bevorstehenden Wahlen zum preussischen Landtage aus den angeführten Gründen eine große Wichtigkeit bei. Die Demonstration auf dem Banket des Städtetags nimmt deshalb eine hervorragende Bedeutung in Anspruch, weil Herr v. Forckenbeck zum Mittelpunkt der neuen liberalen Parteiorganisation gemacht wurde, die schon demächst ins Leben treten und eine völlige Umgestaltung unserer bisherigen fraktionsverhältnisse nach sich ziehen wird. Demnach wird die Wirksamkeit des Bureau des deutschen Städtetags die erste Etappe auf dem Wege zur Entwicklung neuer Parteigruppierungen bilden. Gutm Bernehmen nach sind schon die Statuten, Parteibezeichnungen u. entworfen worden. Täuschen wir und nicht, so werden in einem ansehnlichen Theile der beiden liberalen Parteien diese Pläne noch als verfrüht betrachtet. Die Gründe hierfür entziehen sich noch der öffentlichen Discussion.“

Aus dem Reichstage wird uns vom Sonntag geschrieben: „Die Tarificommission des Reichstages, welche heute vor der Plenarsitzung zusammentrat, ergänzte in erster Linie ihre vorgestrichen Beschlüsse über die geschäftliche Behandlung der Tarifvorlage. Es wurden für die Gruppe III (Textilbranche u.) zum Referenten der Abg. Dr. Delbrück und zum Correferenten der Abg. von Baraballer, von Schanz, Löwe (Berlin) und Roulang (für von Schorlemer-Mit) ernannt. Ferner schlug der Vorsitzende zum Referenten in Gruppe V — Materialwaaren, Petroleum u. — die Abg. von Benda und Graf Ballestrem und zum Correferenten die Abgeordneten Graf Stolberg und Ricker vor. Die Commission beschloß demnach eine neue Gruppe (VI) zu bilden und derselben die Positionen Karp- und Strohwaaen zu überweisen, welche bisher zur Gruppe I gehörten.“

Zum Referenten derselben ist der Abg. von Wedell-Ralchow und zum Correferenten der Abg. Freiherr von Hertling ernannt worden. Bezeichnend erschien es, daß zum Referenten für das Ganze des Gesetzes Abg. von Bennigsen und zum Correferenten Freiherr von Frankenstein ernannt wurde, somit ein nationalliberales und ein Centrumsmitglied, während die Conservativen dabei nicht vertreten sind. Vielleicht bildet Dies ein Aequivalent für die Vertheilung der Referate in den Gruppen, bei welchen die Conservativen und die Centrumsmitglieder einen unbedingten Antheil erhielten. Ein Beschluß über die formelle Behandlung der constitutionellen Garantien ist noch nicht erzielt worden. Die Discussion der Commission bewegte sich heute noch innerhalb des für und Wider gewisser Vorschläge, für welche die Mehrheit keine Empfänglichkeit zu haben scheint, offenbar, weil sie von der Voraussetzung ausgeht, daß die Finanzzölle größtentheils angenommen werden dürften. Ein Abschluß dieser Frage wird wohl erst dann erfolgen, wenn sich die Ultramontanen mit dem Reichskanzler über die kirchenpolitischen Concessionen geeinigt haben werden, die allem Anscheine nach bis jetzt nur in ihren Grundzügen festgestellt worden sind. Das Detail, soweit es sich um die finanziellen Zugeständnisse des Centrums handelt, scheint von Herrn Döbner vermittelt zu werden, während das kirchenpolitische Compromiß hinter verschlossenen Thüren verhandelt wird.“

Zur Elsaß-Lothringischen Organisationsfrage wird uns aus Berlin geschrieben: „Der Gesetzentwurf über die Neuordnung der Regierung von Elsaß-Lothringen darf nicht als ein Verfassungsgefeß für die Reichsländer betrachtet werden; ein solches ist wohl erst dann möglich, wenn das Land mit einer wirklichen, direct gewählten Landesvertretung ausgestattet werden kann. Den Zeitpunkt dafür zu bestimmen, liegt weniger in der Macht Deutschlands, sondern hängt von der fortschreitenden Regermanifiration des Landes und namentlich von der Gestaltung der Verhältnisse in und zu Frankreich ab. Letzterer Umstand dürfte auch dem neuen Gesetzentwurf den bestimmenden Charakter verliehen haben. Feldmarschall v. Ranteuffel wird weniger „Staatshalter“ in der gewöhnlichen Bedeutung des Wortes, als vielmehr „Gouverneur“ sein. Die Fürsorge für die Sicherheit des Landes ist der in erster Linie zu berücksichtigende Punkt, welchem denn auch die Reconstruction der Verwaltung entsprechen muß. Die Wahl des Feldmarschalls v. Ranteuffel für den zu schaffenden Posten ist demgemäß nach mehr als einer Richtung nach innen und außen bezeichnend.“

Wenn man der Wiener „Neuen Freien Presse“ Glauben schenken darf, so hätte der Reichskanzler seinen Sohn nach „Canossa“ geschickt. Ein Correspondent des genannten Blattes meldet aus Rom, daß der selbstst weinende Graf Herbert Bismarck dem Cardinal Rina einen Besuch abstatten sollte“. Man wird nicht fehlgehen (so bemerkt der Correspondent), wenn man diesem Besuche eine politische Bedeutung beimißt und in demselben ein Symptom der Annäherung zwischen dem Vatican und der deutschen Regierung erblickt, die, wie kürzlich eine officiële Berliner Kundgebung besagte, noch vor der goldenen Hochzeit des deutschen Kaiserpaars ein fait accompli sein soll.“ Die „Germania“ allerdings will noch immer daran nicht glauben, daß der Culturkampf so bald zu Ende sein werde, und sie fordert als erste Bedingung des Friedens die Entlassung des Cultusministers Fall; allein das Centrum spricht nicht mehr durch den Mund der „Germania“, seitdem es durch